

An den
Vorsitzenden des
Finanzausschusses
Herrn Martin Börschel

Rathaus · 50667 Köln
Fon 0221. 221-23830
Fax 0221. 221-23833
fdp-fraktion@stadt-koeln.de
www.fdp-koeln.de

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 29.05.2013

AN/0557/2013

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Finanzausschuss	17.06.2013

Berichtspflicht nach § 133 Absatz 5 GO zu den städtischen Beteiligungen BioCampus Grundbesitz GmbH & Co KG und Butzweiler KG/Butzweiler Verwaltungs GmbH im Finanzausschuss

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 17.06.2013 zu setzen.

Der Finanzausschuss möge in seiner Funktion als Beteiligungsausschuss beschließen:

Der Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, regelmäßig über die wirtschaftlichen Verhältnisse der städtischen Beteiligungen BioCampus Grundbesitz GmbH & Co KG und Butzweiler KG/Butzweiler Verwaltungs GmbH als ständiger Tagesordnungspunkt unter Punkt 3 des nichtöffentlichen Teils zu berichten.

Begründung:

Der Rat der Stadt Köln hat den Erwerb der drei oben genannten Gesellschaften von der Sparkasse KölnBonn Anfang 2012 beschlossen. Die übernommenen Gesellschaften sind leider nicht gerade wirtschaftlich erfolgreich. Oft ist aus den lang- oder mittelfristigen Ergebnisplanungen zu entnehmen, dass sie auch in Zukunft negative Ergebnisbeiträge erwirtschaften werden.

Bisher ist die Stadt ihrer Pflicht nach § 113 Abs. 3 GO nicht nachgekommen bei den Gesellschaften je einen Aufsichtsrat zu bilden und durch den Rat Vertreterinnen und Vertreter in diesen zu entsenden. Auch wird bisher der Berichtspflicht nach § 113 Abs. 5 GO nicht nachgekommen.

Unkontrollierte Entwicklungen von verlustbringenden Gesellschaften sind jedoch nicht zu rechtfertigen. Da weder eine Aufsichtsrat besteht noch der Berichtspflicht nach der Gemeindeordnung nachgekommen wird, ist der Finanzausschuss in seiner Funktion als Beteiligungsausschuss in der Pflicht und der Verantwortung, von der Verwaltung einen regelmäßigen Bericht über diese Unternehmen einzufordern, um den finanziellen Schaden für die Stadt von Jahr zu Jahr nicht immer größer werden zu lassen. Dem soll der neue Tagesordnungspunkt dienen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Breite
FDP-Fraktionsgeschäftsführer